

Wirtschaft & Finanzen

zusammengestellt von Hilmar Benecke (CC-0)

[Banken] haben die Aufgabe die Geldversorgung der Realwirtschaft (Unternehmen und Privatleute) zu sichern. Dazu gehört zum einen die Gewährleistung des Zahlungsverkehrs und zum anderen eine Mittlerrolle zwischen Kapitalanlegern und Kapitalnachfragern. Die Differenz zwischen Kredit- und Guthabenzins sowie Zahlungsverkehrs-Gebühren dienen der Bank u.a. zur Finanzierung ihres Geschäftsbetriebs.

[BIP] ist die Abkürzung für „Bruttoinlandsprodukt“. In die Berechnung des BIP fließen alle Waren und Dienstleistungen ein, die im jeweiligen Land für den Endverbrauch hergestellt werden. Steigt das BIP von einer Zeitperiode auf die nächste spricht man von → Wirtschaftswachstum (beim „realen Wirtschaftswachstum“ ist der Wert inflationsbereinigt).

[Bretton-Woods] ist ein Ort in den USA, der dem 1944 ins Leben gerufenen System fester Wechselkurse seinen Namen gab. Das Bretton-Woods-System, das ebenso die Goldhinterlegung des US-Dollar als Leitwährung vorsah, brach Anfang der 70er-Jahre zusammen. Auch wegen der Kosten des Vietnamkriegs hatte sich die Zahlungsbilanz der USA in den sechziger Jahren dramatisch verschlechtert, so dass die USA ihrer Gold-einlösungsverpflichtung nicht mehr nachkommen konnte. Die Gründungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank gehen ebenfalls auf Bretton-Woods zurück.

[Cashflow] ist die Differenz aus Einnahmen-Ausgaben. Der Cashflow bildet die Zahlungsströme innerhalb eines Unternehmens ab, die nur eine Teilmenge der Erträge und Aufwendungen sind, die in einer Bilanz abgebildet werden.

[Direktbanken] haben in der Regel keine (oder nur wenige) Filialen und bieten ihre Pro-

dukte ausschließlich online an. Beratungen erfolgen – wenn überhaupt – überwiegend telefonisch.

[Fiat-Money] ist begrifflich abgeleitet vom biblischen „Fiat lux“ („Es werde Licht!“). Er soll veranschaulichen, dass heutzutage Geld von den → Banken (→ Zentralbanken und Geschäftsbanken) quasi aus dem Nichts geschaffen werden kann (durch Kreditvergabe). Dies ist jedoch erst seit der Aufgabe der Goldbindung des Geldes möglich (siehe Bretton-Woods). Bis dahin garantierte die US-Regierung den Tausch von Dollar-Banknoten in Gold, was die Geldschöpfung (theoretisch) limitierte.

Die **[Finanztransaktionssteuer]** soll alle an der Börse gehandelten Wertpapiere und Geldgeschäfte mit einem einheitlichen Steuersatz belegen (z.B. 0,1% wie ab August in Frankreich). Dagegen umfasst die am Finanzplatz London seit Jahrhunderten übliche Börsensteuer von 0,5% nur klassische Wertpapiere (z.B. Aktien, Anleihen) und ab Ende der 90er Jahre auch den Handel mit Optionen. Devisengeschäfte sowie Swaps und andere moderne Formen des computergestützten Derivate-Handels sind allerdings ausgenommen. Die Tobin-Steuer hingegen zielt im Wesentlichen auf die Besteuerung des Devisenhandels. Die genaue Ausgestaltung einer Steuer auf Börsengeschäfte hängt wesentlich von der gewünschten Zielsetzung ab: Will man in erster Linie Einnahmen im Kampf gegen die Staatsverschuldung erzielen oder z.B. den hochvolumigen (Computer-) Handel im Millisekunden-Bereich unrentabel machen.

[Geld] hat drei Funktionen: Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Wertmaßstab. Die gleichzeitigen Funktion von Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel wird von manchen als eine von mehreren systemimmanenten Krisenursachen



gesehen: Durch das Ansparen von → Geldvermögen wird Geld als Tauschmittel verknappt, was nur durch zusätzliche Schulden ausgeglichen werden kann (siehe dazu auch unsere Titelschicht ab Seite 3).

Die **[Geldmenge]** wird von den jeweiligen → Zentralbanken definiert. In Deutschland unterscheidet die Bundesbank die Geldmengen M0 (= → Zentralbankgeld), sowie M1, M2 und M3, die im Wesentlichen durch die Verfügbarkeit des Geldes abgegrenzt werden. Die Geldmenge M3 beispielsweise umfasst Geldanlagen mit einer Laufzeit zwischen 3 Monaten und 2 Jahren. D.h. aber auch, dass alle Geldanlagen mit mehr als zwei Jahren Laufzeit in den Geldmengen-Berichten der Bundesbank nicht erfasst werden.

[Geldvermögen] sind Anlageprodukte, die nicht als Zahlungsmittel fungieren, aber einen Anspruch verbriefen, in → Geld zurückgetauscht zu werden. Dieser Rücktauschanspruch besteht entweder kurzfristig (z.B. Spar-, Tagesgeld- oder Festgeldkonten) oder mittel- bis langfristig (z.B. Lebens- oder Rentenversicherungen, Staats- oder Unternehmensanleihen).

[Giralgeld] bezeichnet in Abgrenzung zum → Zentralbankgeld das im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzte (Buch-) Geld. Das Geld auf unseren Girokonten ist also Giralgeld. Durch die Kreditvergabe (und nur hier-

durch!) wird Giralgeld geschaffen („Giralgeldschöpfung“). Durch Auszahlung/ Überweisung des Kredits entsteht für die Bank ein Refinanzierungsbedarf, der entweder durch (Spar-)Einlagen oder durch → Zentralbankgeld gedeckt werden kann. Im letzteren Fall leiht sich die Bank bei der → Zentralbank oder bei anderen → Banken (im „Interbankenverkehr“) Geld.

[Globalisierung] im ökonomischen Sinne beschreibt die fortschreitende Möglichkeit zur weltweiten Verlagerung von Produktionsstätten oder Kapitalströmen. Dieser Prozess wurde u.a. durch die Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs, die Fortschritte bei der weltweiten Energieversorgung sowie die neuen Informationstechnologien beschleunigt.

Die Globalisierung hat auch zu einem weltweiten Konkurrenzkampf zwischen Unternehmen (um Marktanteile) und Staaten (um Wachstumsanteile) geführt, der bis heute vornehmlich über den Faktor Lohnkosten ausgetragen wird.

Die **[Handelsbilanz]** erfasst den Import und Export von Gütern aus dem deutschen Wirtschaftsraum. Deutschland hat regelmäßig einen Handelsbilanzüberschuss: u.a. dank dem Export von teuren Investitionsgütern wie Maschinen oder Fahrzeugen betrug der Handelsbilanzüberschuss in 2010 knapp 155 Milliarden Euro (nach 139 Mrd. € im Vorjahr).

[Inflation] bezeichnet die Preissteigerung von einer Periode zur nächsten. Gründe für Inflation sind einerseits Güterknappheit (d.h. die Nachfrage ist größer als das Angebot) und andererseits eine Geldmengenausweitung, die das Wachstum der Realwirtschaft übersteigt. Die niedrigen Inflationsraten der letzten Jahre trotz starker Geldmengenerhöhung lassen sich dadurch erklären, dass das zusätzliche Geld überwiegend in Finanzprodukte und nicht in die Realwirtschaft geflossen ist. (siehe dazu auch unsere Titelgeschichte ab S. 3).

Der **[Keynesianismus]** (benannt nach dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes) stellt – im wirtschaftspolitischen Sinne – die Steuerung der Nachfrage ins Zentrum des staatlichen Handelns. Danach soll in wirtschaftlichen Schwächephase der Staat durch konjunkturunterstützende Maßnahmen eingreifen und dafür auch eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen, die dann bei prosperierender Wirtschaft wieder zurückgefahren werden soll. Dieses in den 30er Jahren aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise entstandene Modell hatte bis in die 70er Jahre entscheidenden Einfluss auf die westliche Wirtschaftspolitik.

Die **[Mindestreserve]** soll neben der Zinspolitik den → Zentralbanken zur Regulierung der → Geldmenge dienen. Die Geschäftsbanken sind verpflichtet auf bestimmte Sicht-, Spar- und Termineinlagen einen Mindestreservesatz in → Zentralbankgeld auf ihren jeweiligen Zentralbankkonten bereitzuhalten. Diese Mindestreserve-Guthaben werden verzinst. Spätestens nachdem der Mindestreservesatz im Januar 2012 von 2% auf 1% gesenkt wurde, muss man konstatieren, dass das Ziel der Geldmengensteuerung durch die Mindestreserve faktisch aufgegeben wurde.

Der **[Neoliberalismus]** nach heutigem Verständnis geht auf die sog. „Chicagoer Schule“ zurück und wird vor allem mit dem Namen Milton Friedman

verbunden, der 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. Im Zentrum steht die Theorie des freien Marktes, die staatliche Eingriffe als grundsätzlich nachteilig bewertet. Der Neoliberalismus bildete die konzeptionelle Grundlage der angloamerikanischen Wirtschaftspolitik der 80er Jahre (unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher), in der die Märkte zunehmend dereguliert wurden. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ökonomien Anfang der 90er Jahre setzte sich dieser Trend beschleunigt fort, da die Überlegenheit der kapitalistischen Idee des freien Marktes nun bewiesen zu sein schien.

[Sachvermögen] sind Investitionen in reale Werte (z.B. Immobilien oder Rohstoffe). Auch Beteiligungen am Eigenkapital von Unternehmen (z.B. Aktien) sind im weiteren Sinn Sachvermögen. Anders als → Geldvermögen verbriefen sie keinen Anspruch auf einen Geldbetrag zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern unterliegen Wertschwankungen, die meist durch Angebot und Nachfrage nach dem jeweiligen Gut bestimmt werden.

Das **[Trennbankensystem]** sieht eine institutionelle Trennung vor zwischen dem Einlagen- und Kreditgeschäft auf der einen und dem Wertpapiergeschäft (Investmentbanking) auf der anderen Seite. Dadurch soll zum einen die Akkumulation von Kredit- und Spekulationsrisiken und zum anderen die Refinanzierung des (risikoreichen) Investmentbanking durch Einlagen verhindert werden. Größere Ausfälle durch Fehlspekulationen von → Banken sollen auf diese Weise nicht die Spareinlagen gefährden und den Staat so zwingen, die (dadurch systemrelevanten) → Banken zu retten. Die Einführung eines Trennbankensystems, das zwischen 1933 und 1999 in den USA gesetzlich vorgeschrieben war, ist eine der meistdiskutierten Maßnahmen gegen das „too big to fail“ des heutigen Bankensystems.

[Wirtschaftswachstum] ist die Zunahme des → BIP im Vergleich

zum Vorjahr, -quartal oder -monat. Das „reale Wirtschaftswachstum“ ist ein inflationsbereinigter Wert.

Wirtschaftswachstum soll die Erhaltung bzw. Vergrößerung des Wohlstands der Bevölkerung gewährleisten. In den letzten Jahrzehnten ging das weltweite Wirtschaftswachstum jedoch auch mit zunehmendem Ressourcenverbrauch einher. Insofern stellt sich die Frage, ob unendliches (quantitatives) Wachstum in einer endlichen Welt möglich ist bzw. wie ein daraus resultierender Interessenkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie zu lösen ist.

[Zentralbanken] sind meist staatliche Institutionen (die amerikanische FED ist jedoch im Privatbesitz), denen u.a. die Versorgung der Wirtschaft mit Bargeld obliegt. Darüber hinaus versuchen sie – vornehmlich über die Zinspolitik – Einfluss auf die

konjunkturelle Entwicklung zu nehmen und gleichzeitig inflatorischen Tendenzen entgegenzuwirken. Während Bundesbank und EZB ihren obersten Auftrag in der Geldwertstabilität sehen, richten die angelsächsischen Zentralbanken ihr Handeln wesentlich stärker nach konjunkturellen Zielsetzungen aus.

[Zentralbankgeld] ist einerseits das in Umlauf befindliche Bargeld und andererseits die Guthaben, die die Geschäftsbanken auf ihren jeweiligen Zentralbankkonten halten. Ein Teil dieser Guthaben ist verpflichtend, um die Mindestreserve-Anforderungen zu erfüllen. Der darüber hinausgehende Teil wird als „Überschussreserve“ bezeichnet und dient vor allem dem Zahlungsverkehr unter den → Banken. Für Geld, das sich die → Banken bei der → Zentralbank leihen, müssen sie Sicherheiten hinterlegen (z.B. Staatsanleihen oder andere Wertpapiere).

Anzeige



Alpha Team

Systems & Consulting

Bringen Sie Ihr Geschäft Online!

Mit unseren übersichtlichen eCommerce und Online-Shop Tools haben Sie alles im Griff!

Wir bieten Ihnen:

- Stellung eines externen Datenschutzbeauftragten gemäß §4f Bundesdatenschutzgesetz
- Internet Service Provider (ISP) Services
- Online-Shop & E-Commerce Lösungen
- Daten- & Virenschutz



Alpha Team Systems & Consulting GmbH
Brandenburgische Straße 12
D-10713 Berlin
Tel: +49(0)30 301 20 000
Fax: +49(0)30 301 20 001
E-Mail: info@alphateamsystems.de
Online: www.AlphaTeamSystems.de


